

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

30.7.1921 (No. 175)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Hauptredaktion: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: S. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärtig frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabat, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbestellung, zwangsvoller Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böser Gewalt, Streik, Sperrung, Absperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Das Brandunglück in Löffingen.

Das Staatsministerium hat der Gemeinde Löffingen durch ein Telegramm des Staatspräsidenten die herzlichste Teilnahme zu dem Brandunglück ausgesprochen. Minister Memmele wird an Ort und Stelle die für die erste Hilfeleistung notwendigen Maßnahmen treffen.

„Schärfere Tonart?“

N.-S. Berlin, 29. Juli.

Die ober-schlesische Frage drängt zur Entscheidung, und wenn nicht im letzten Augenblick noch eine Überraschung kommt, wird diese Entscheidung auf der Tagung des Obersten Rates fallen, die Anfang August in Paris beginnen soll. Wenn es nach dem Willen Frankreichs geht, wird noch vor dieser Tagung im Vorkonferenzenrat auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen, deren Verhandlungen bereits begonnen haben, die Vorfrage der Truppenentscheidungen entschieden werden. Es ist aber nicht gerade wahrscheinlich, daß der Vorkonferenzenrat zu einer Einigung gelangt; und so werden die beiden Entscheidungen wohl zusammen fallen, was praktisch auf ein Scheitern der französischen Pläne hinausläuft.

Die Reichsregierung hat zu diesen Plänen in zwei Notizen Stellung genommen, die dem französischen Vorkonferenzenrat am 23. Juli überreicht worden sind. Die erbetene Mitwirkung bei der Wiederrichtung einer neuen französischen Division nach Oberschlesien auf dem Landwege ist entsprechend dem Versailler Vertrag unter der Voraussetzung zugesagt worden, daß dies Verlangen von den drei Besatzungsmächten ausgeht, und da diese Voraussetzung zunächst natürlich nicht erfüllt war, hat die Pariser Schepresse die deutsche Antwort als „ironisch“ und „unverständlich“ bezeichnet zu dürfen geglaubt. Die ausführliche Erwiderung auf die französischen Beschwerden über die angeblich durch den Deutschen Selbstschutz und allgemeine Aufstandsbefehle der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens hervorgerufene Unsicherheit hatte es verhältnismäßig leicht, den Nachweis zu erbringen, wie diese Vorwürfe die Tatsachen auf den Kopf stellen, wie geringfügig und vielfach grundlos das vorgebrachte Anlagematerial ist, wie fragwürdig die Zuverlässigkeit der Gewährsleute, auf die es sich stützt, und wie in Wahrheit die Polen sich alles dessen schuldig machen, was man den Deutschen zur Last legt.

Wenn es sich fast von selbst versteht, daß auch diese ausführliche Antwort, die mit einem eindringlichen Appell an den Wahrscheinlichkeitssinn und das Gerechtigkeitsgefühl der französischen Regierung und außerdem mit einem nachrücklichen Hinweis auf die Loyalität der deutschen Regierung in der Ausführung aller übernommenen Verpflichtungen schließt, von der französischen Presse als „deutsche Unverständlichkeit“ bezeichnet wird, so darf es dagegen als befremdlich bezeichnet werden, daß ein Teil der deutschen Presse diese Entgegnung als Anzeichen des Überganges zu einer „Politik der schärferen Tonart“ auffaßt, um sie je nach ihrem eigenen Standpunkt zu begrüßen oder zu bekämpfen. Diese Auffassung ist durchaus verkehrt. Die gegenwärtige Regierung müßte sich geradezu selbst untreu werden, wenn sie es jetzt mit einer Politik der schärferen Tonart versuchen wollte, und wenn das gegen den Strich geht, der man sich fragen, ob irgend eine Regierung, die sich auf den Boden der Tatsachen stellt, von dem Übergang zu einer solchen Politik sich irgend etwas versprechen könnte. Aber wir sind nun einmal ein fast hoffnungslos unpolitisches Volk, und selbst die einfachsten Elemente der Staatskunst müssen einen fast ausichtslosen Kampf mit der leeren Phrasologie kämpfen, die immer noch einen so großen Teil unserer politischen Erörterungen beherrscht. Wohin sollte uns die Politik der schärferen Tonart führen? Wo ist auch nur die leiseste Möglichkeit vorhanden, unseren Rechtsverwahrungen die Tat des Widerstandes folgen zu lassen, wo auch nur das flüchtigste Anzeichen dafür, daß wir bei einem solchen Versuch von irgend welcher Seite her irgend eine Hilfe zu erwarten hätten, während uns andererseits die Hand Frankreichs an der Kehle sitzt?

Tatsächlich bedeutet die Antwortnote der deutschen Regierung nichts anderes als eine schlichte und sachliche Wahrung unseres Rechtsstandpunktes. Wir sind zur Zeit noch ganz überwiegend Objekt der Politik und zwar der Politik feindlicher Mächte. Wir können zwar protestieren, aber wehren können wir uns nicht; und selbstverständlich müssen wir unermüdet gegen eine Politik protestieren, die Deutschland schließlich zum Auf-

marsch- und Durchmarschgebiet für fremde Heere machen möchte. Wir protestieren außerdem gegen die völlige Verdrängung der Tatsachen, die uns die Rolle des Lämmleins aufbürdet, das dem polnischen Wolf das Hälein getrübt hat. Die Wege der französischen Politik in Oberschlesien sind so krumm und verächtlich, daß es schließlich auch für die französischen Staatsmänner kein Vergnügen mehr sein kann, sie vor der Welt zu vertreten, und das es ihnen eine Erleichterung sein müßte, wenn sie durch irgend einen Kniff uns zu Helfershelfern gewinnen könnten. Dieses Ansinnen lehnen wir höflichst, aber entschieden ab. Der Friedensvertrag legt die Entscheidung über die Zukunft Oberschlesiens auf die Schultern des Obersten Rates, er mag tun, was er mit seinem Gewissen und mit den übernommenen Verpflichtungen in Einklang bringen kann. Das ganze deutsche Volk in allen seinen Schichten ist einig in der Überzeugung, daß nach Recht und Gerechtigkeit Oberschlesien ungeteilt heim Reich bleiben müßte, und daß nur diese Lösung eine wirkliche Lösung der ober-schlesischen Frage bedeutet. Aber wir haben kein Mittel und nicht die Absicht, eine etwa anders lautende Entscheidung mit Gewalt anzuzuführen, nur mögen die, bei denen die Entscheidung liegt, auch die schwere Verantwortung dafür ungeteilt auf sich nehmen!

* Politische Streiflichter.

Der frühere Staatssekretär des Auswärtigen und Pariser Vorkonferenzenrat, Freiherr von Schön, veröffentlicht unter dem Titel „Erlebtes“ seine politisch interessanten Erinnerungen. Besonders bemerkenswert sind daraus die Stellen, die sich mit der böhmischen Annexionskrisis des Jahres 1908 befassen. Herr von Schön enthält hier mit aller Rücksichtslosigkeit die Tatsache, daß damals die deutsche Regierung entgegen den Erklärungen des Reichskanzlers von Bülow über die Pläne des österreichischen Außenministers von Lehrenthal genau unterrichtet gewesen ist. Noch bedenkllicher ist allerdings die für das alte System außerordentlich kompromittierende Feststellung, daß die kaiserlich-deutsche Regierung es schon damals auf einen Weltkrieg hat ankommen lassen. „Fürst Bülow war nicht abgeneigt“, schreibt Schön, „die Dinge sich zuzugleiten und es auf eine Kraftprobe zwischen dem Block der Mittelmächte und der noch nicht gefestigten Tripel-Entente ankommen zu lassen, in der festen Überzeugung, daß keine Macht das Schwert ziehen und Rußland, wenn es zum Wiegern oder Brechen kam, von seiner angemessenen Höhe heruntersteigen und auch seinen Wallen Serbien zur Hilfe ermahnen werde.“ Unser deutsches Volk, das die Sünden einer früheren Zeit mit Sünge und Entbehrung, mit Sorge und mit Glend jeder Art abblühen muß, wird diese Enthüllungen Schöns mit Bitterkeit aufnehmen. Es war ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, das schon damals getrieben wurde. Und wenn auch das gleiche Spiel mit womöglich noch größerem Eifer von Frankreich und Rußland getrieben wurde, so lag für uns doch keine Veranlassung vor, uns für österreichische Annexionspläne in die Nesseln zu setzen oder gar einen Krieg gegen die halbe Welt zu riskieren. Wenn es jemals für eine aufstrebende Großmacht eine Zeit gegeben hat, die zur Vorsicht und Zurückhaltung mahnen mußte, so war es das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Für die Schuldfrage bildet die Feststellung des Freiherrn von Schön keine neue Korrektur. Das Wort Lloyd Georges, daß letzten Endes alle Staaten in gewisser Hinsicht am Ausbruch des Krieges schuld sind, darf als das Urteil gelten, das auch von der Geschichtsschreibung als das einzig zutreffende übernommen werden wird.

Politisch war unser Verhalten im Jahre 1908 von der schlimmsten Wirkung für uns. Rußland, dessen eitler Außenminister Tswolski sich besonders gekränkt fühlte und seitdem seiner Abneigung gegen Deutschland keine Zügel mehr auflegte, hat uns das Eintreten für Österreich-Ungarn nicht vergessen und die damals erlittene diplomatische Niederlage nie verdimmer.

Was den Ausbruch des Weltkrieges betrifft, so erklärt auch Freiherr von Schön die Nachrichten über französische Fliegerangriffe auf Deutschland für unwahr und verurteilt ferner den Einmarsch in Belgien als einen schweren politischen Fehler. Seine Antwort auf die Frage nach der Schuld lautet: „Alles in allem ist Deutschland nicht frei von Schuld, aber es ist nicht schuldig in dem Sinne und in dem Umfang, in dem es befaßt wird.“

Die reaktionäre Presse hat eine Zeit lang systematisch versucht, das Kabinett Wirth als ein Kabinett „von Frankreichs Gnaden“ hinzustellen. Nun, die Tatsachen selbst haben wohl inzwischen auch den verbündetsten Reaktionen davon überzeugt, daß man viel eher von einer ganz speziellen Ungnade reden kann, die auf dem Kabinett Wirth lastet. Bis jetzt hat Frankreich trotz aller schönen Worte seines Ministerpräsidenten noch nicht im geringsten erkennen lassen, daß es den ehrlichen Willen des Reichskanzlers auch durch ein Entgegenkommen in der Praxis zu belohnen gedenkt. Im Gegenteil! Wo Frankreich es nur irgend vermag, wirft es uns Knüppel zwischen die Beine. Und es vergeht kaum ein Tag, der uns nicht neue Beweise der französischen Feindseligkeit offenbart. Wenn die Sanktionen am Rhein demnächst aufgehoben werden sollten, und wenn — was ja heute noch völlig zweifelhaft ist — in der ober-schlesischen Frage eine Entscheidung fallen sollte, die uns auch nur einigermaßen günstig ist, so werden wir wissen, daß es wahrlich nicht die verständnisvolle Einsicht Frankreichs ist, der wir solches verdanken. Daß trotz alledem die Reichsregierung die Geduld nicht verliert und immer wieder ein erträgliches Verhältnis zu Frankreich anzubahnen sucht, ist klug und weise. Denn schließlich müssen wir uns doch einmal mit Frankreich im Interesse beider Länder einigen. Und je eher diese Verständigung kommt, um so besser für beide Teile!

Das Deutschtum in Kongreß-Polen.

Das Buch „Unter diesem Titel“ (siehe oben) im Ausland- und Heimat-Verlag, Stuttgart, Neues Schloss, ein neuer Band der Schriften des Deutschen Auslandsinstituts, den der bekannte Führer des Deutschtums in Kongreß-Polen, Adolf Eichler, geschrieben hat. Es ist ein Buch, das gerade in der jetzigen Zeit ein ganz besonderes Interesse beanspruchen darf: Bemühen sich doch die Polen, in den von ihnen neu erworbenen, ehemals preussischen Teilgebieten das Deutschtum in jeder Weise zu unterdrücken, ohne daran zu denken, daß sie im eigentlichen Kongreß-Polen die Blüte ihrer Landwirtschaft und industriellen Entwicklung deutscher Tatkraft und deutscher Arbeit zu verdanken haben. Eichler gibt einen Abriss der Geschichte des Deutschtums in Kongreß-Polen von der ersten deutschen Einwanderung an und zieht auch namentlich polnische Urteile über den Erfolg der deutschen Kolonisation als Beleg heran. Er beschreibt die Rolle der deutschen Fürsten als Städtegründer, des deutschen Krafau, des deutschen Warschau, die kolonisierenden deutsche Ritter- und Rittersorden, die Art der deutschen Siedlungsart und die Ausbreitung des deutschen Rechts in Polen, geht auf die wirtschaftlichen und namentlich religiös-kulturellen Strömungen im Reformations-Zeitalter ein und zeigt die systematische Vernichtung des Deutschtums während der Verfolgungszeiten, die auch einen Rückgang des polnischen bürgerlichen Lebens mit sich brachte. Der deutschen Not im niedergehenden Polen stellt er das preussische System gegenüber, das aus dem verwahrlosten Westpreußen ein blühendes und schönes Land machte und das wirtschaftliche Leben, das Schulwesen, die Wissenschaften und das geistige Leben beträchtlich hob. Eichler schildert sodann die letzte deutsche Wauern-Kolonisation im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die Schwaben-Kolonien bei Lodz und Warschau und vor allen Dingen die deutschen Industrie-Gründungen, die aus Lodz ein polnisches Manchester machten und wo deutsche Tatkraft, deutscher Erfindungsgeist und deutscher Wagemut aus einem kleinen Neste eine Tuchmacherstadt von Weltruf zu schaffen verstanden. Besondere Kapitel werden sodann der Geschichte des Deutschtums in Kongreß-Polen während des Krieges gewidmet, sowie dem Wiederaufbau und der Rolle des Deutschtums in Neu-Polen.

Das Eichler'sche Werk kommt gerade jetzt zuricht, wo die Polen sich bestreben, auch weite Kreise des blühenden Oberschlesiens in ihre Gewalt zu bekommen. Es zeigt so recht, wie überall, wo deutsche Tatkraft sich ungehemmt entfalten konnte, das Land zu großer Blüte entwickelt wurde, wie aber auch überall, wo Polen mit rauher Hand eingriffen, diese Blüte systematisch vernichtet wurde und das Land in raschen Verfall geriet. Das Eichler'sche Buch weist aber auch, wie notwendig es gerade vom polnischen Staatsinteresse aus wäre, wenn die Polen ihr fleißiges und unermüdetes Element polnischer Staatsbürger deutscher Nation ungehemmt und ungehindert arbeiten ließen und wie sehr eine gerechte Behandlung der Deutschen zum Nutzen des polnischen Staatswesens ausfallen würde.

Diese Studie über das Deutschtum in Kongreß-Polen wird namentlich in den deutschen Bezirken des Ostens, wo man an Polen grenzt, mit Interesse und Verständnis gelesen werden, sie gehört aber als ein Dokument glänzender Leistungen des Auslandsdeutschtums in alle deutschen politischen und kulturellen Bibliotheken in Schule und Haus und namentlich in die Hand unserer Auslandsdeutschen.

Politische Neuigkeiten. Die Entente und Oberschlesien.

London, 29. Juli. Reuters meldet, in maßgebenden Londoner Kreisen ist die Ansicht vertreten, daß Deutschland nach dem Versailler Vertrag das Recht habe, die französische Forderung wegen des Truppentransportes abzulehnen und diese Angelegenheit, in der es einen Bruch des Vertrages erblickt, den drei Mächten zur gemeinsamen Entscheidung zu unterbreiten, sei es beim Obersten Rat, sei es in einer anderen Form. Weiterhin wird die deutsche Auffassung in maßgebenden Kreisen dahin ausgelegt, daß die Annahme der Entscheidung einer einzelnen Macht einer Zerreißung des Vertrages gleichkomme.

London, 29. Juli. Wie Reuters erfährt, war die Note, die gestern abend von der britischen Regierung an Frankreich gerichtet wurde, in verständlichem, aber gleichzeitig energischem Ton gehalten. Der erste Teil wiederholt die Ereignisse, die seit der Überreichung der französischen Note an Deutschland am 16. Juli ohne vorherige Verständigung mit den Alliierten sich abgepielt haben. Das wäre das erste Zeichen des Auseinandergehens der Politik der Zusammenarbeit, wie sie bisher befolgt wurde. Die Note bringt das Eintreten zum Ausdruck, daß die britische Regierung bei der Änderung der Haltung der französischen Regierung empfindet und erinnert daran, daß doch im Frankfurter Zwischenfall im April des letzten Jahres Millerand die endgültige Zustimmung gegeben habe, daß die französische Regierung keine selbständigen Maßnahmen über Fragen ergreifen würde, die sich auf gemeinsame Interessen der Alliierten beziehen. Die Note drückt ferner die Enttäuschung aus über den offensichtlich unfreundlichen Ton der letzten Note der französischen Regierung. Es widerstrebe der englischen Regierung, zu glauben, daß ein solcher Ton auch unfreundliche Absichten seitens der französischen Regierung einschließt. Großbritannien habe der französischen Regierung schon viele Konzessionen gemacht, und sei bereit, solche auch weiterhin zu machen. Es sei aber Großbritannien absolut unmöglich, Maßnahmen gut zu heißen, die unvermeidlich die Grundlagen der Allianz erschüttern könnten. Die britische Regierung fühle sich verpflichtet, anzufordern, welche Erklärung die französische Regierung für ihr Verhalten geben will, denn so lange diese Frage nicht geklärt sei, sei es schwer, zu sagen, auf welcher Grundlage die Zusammenarbeit der Alliierten fortgesetzt werden könnte.

London, 29. Juli. Die Lage, die durch die letzte französische Bedingung über die Truppenabgabe nach Oberschlesien entstanden ist, wird in hiesigen unterrichteten Kreisen ohne jeden Vorbehalt als überaus ernst bezeichnet. Die immer wieder verbreitete Behauptung, daß eine Einigung zwischen England und Frankreich erfolgt sei, hat noch niemals so der Begründung entbehrt wie gerade in dem Augenblick.

Berlin, 30. Juli. Amlich wird bekannt gegeben: Angesichts der heranrückenden Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens hat die Reichsregierung im Verein mit der preussischen Regierung beschlossen, in enger Fühlungnahme mit der Bevölkerung Oberschlesiens dahin zu wirken, daß die Bewohner des Landes sich höchste Zurückhaltung auferlegen, um zu ihrem Teil dazu beizutragen, eine sachliche Entscheidung zu ermöglichen. Es gilt, der Welt ein Beispiel dafür zu geben, wie ein Volk durch seine Selbstbeherrschung der sachlichen Lösung einer Frage von so großer Tragweite dient. Die Reichsregierung richtet diese Mahnung nicht nur an die Schlesier, sondern an das ganze deutsche Volk und erwartet, daß jeder der der deutschen Sache dienen will, ruhiges Blut bewahrt und sich der Ruhe und Verantwortung bewußt bleibt, die uns der Augenblick auferlegt.

Die Hilfsaktion in Rußland.

Riga, 28. Juli. Das von der Rigaer Sowjetmission herausgegebene amtliche Blatt „Nobv Putj“ (Neuer Weg) akzeptiert den vom kürzlich aus Rußland zurückgekehrten Vertreter des estländischen Roten Kreuzes, Ewald Amende gemachten Vorschlag zur Hilfeleistung für das hungernde Rußland. Es bezeichnet den folgende vier Punkte umfassenden, in der „Nigatischen Rundschau“ erschienenen Vorschlag als ausführbare Proposition, die reale Resultate zeitigen müßte. Erstens: die Arbeit in Rußland, der Empfang und die Verteilung der Lebensmittel, muß in den Händen von Organisationen liegen, die in Sowjetrußland Autorität besitzen und in ihrer Arbeit nicht behindert werden dürfen. So z. B. die Moskauer Quäkerorganisation in Verbindung mit Maxim Gorki und einem neugegründeten Hilfskomitee. Solange die Sowjetmacht besteht, ist die Tätigkeit des russischen Roten Kreuzes in Paris, sowie anderer nicht unpoltischer Organisationen in Rußland ausgeschlossen. Zweitens: Für die Arbeit in Westeuropa und Amerika, die Beschaffung von Geldsummen, Lebensmitteln, die Regelung des Transports u. a. erfolgt ein Zusammenschluß aller in Frage kommenden Organisationen und Persönlichkeiten zu einer Arbeitsgemeinschaft zwecks rationaler Durchführung der Arbeitsverteilung. Drittens: Da bis zum Schluß der Schifffahrt nur noch eine kurze Zeitspanne und Hilfe sofort erforderlich ist, soll in Genf oder an einem anderen internationalen Orte eine Konferenz aller für die Hilfsaktion in Betracht kommenden Organisationen wie beispielsweise des internationalen und des nationalen Rotekreuzkomitees, des Räterbundes, des Quäkerhauptsomitees zusammengetreten zur Ausarbeitung eines Aktionsplanes für die Sammelpropaganda usw. Viertens: In allen Staaten bilden sich dem Roten Kreuz angegliederte Komitees zum Zweck der Organisationen der Hilfeleistung der betreffenden Länder.

Kurze polit. Nachrichten.

Berlin, 29. Juli. In der Frage des Anschlusses des Eisenacher Landes an die Provinz Hessen-Nassau sprach eine Abordnung aus Eisenach beim preussischen Minister des Innern vor. Der Minister verwies die Erscheinungen auf den Artikel 18 der Reichsverfassung, der allein die Voraussetzungen regelt, unter denen Gebietsveränderungen der Länder erfolgen können. Die frühere preussische Regierung habe gelegentlich einer kleinen Anfrage in der Landesversammlung im Oktober 1920 erklärt, daß, falls von thüringischer Seite der Wunsch einer wirtschaftlichen oder politischen Angleichung an Preußen geäußert wird, die preussische Regierung ihrerseits der Erfüllung solcher, von der breiten Bevölkerungsmasse getragenen Wünsche kein Hindernis in den Weg legen werde.

Stuttgart, 29. Juli. Der württembergische Landtag hat sich heute bis zum Herbst vertagt, nachdem zuvor das vielumstrittene Pfarrerehegesetz angenommen, jedoch die dazu gehörende Deckungsvorlage abgelehnt wurde. In der beschlußfähigen Regierungstrife ist es nicht gelungen. Die Regierung erklärte, daß sie im Herbst eine neue Deckungsvorlage einbringen werde. Der Beitrag des württembergischen Staates zur Redaktionsanleihe von 30 Millionen Mark wurde angenommen.

Dublin, 29. Juli. Über die heutige Sitzung des Sinnfeinerkabinetts wird strengstes Stillschweigen gewahrt. Dem Vernehmen nach war die Sitzung von entscheidendem Charakter für den Fortgang der Verhandlungen. Es wird angenommen, daß sich die Sinnfeiner über die Grundsätze für die Berufung einer offiziellen Konferenz geeinigt haben. Es wird keine weitere Sitzung des Sinnfeinerkabinetts abgehalten werden, bevor De Valera nach George erneut Mitteilung gemacht habe. Wenn dann eine Grundlage für die Konferenz gefunden wird, so wird in der nächsten Zeit eine Vollziehung des Sinnfeinerparlaments abgehalten werden, in der Bevollmächtigte für weitere Verhandlungen ernannt werden sollen.

Kristiania, 28. Juli. Die Posten meldet aus Moskau, ein Zug mit Delegierten des Gewerkschaftskongresses erlitt auf der Kurster Bahn einen furchtbaren Unfall. Von den Delegierten wurden Strumat und Gelbrich-Deutschland, Gwoltz-England, Konstantinow-Bulgarien, Freemann-Australien und der Vorsitzende des Vorstandes der russischen Bergarbeiter, Sergejew, getötet.

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

Eine politische Debatte.

entpand sich gestern im Landtag, als die Interpellationen der Abg. Strobel (Soz.) und Mayer (D.-Natl.) bei der Beratung des 2. Nachtrags verhandelt wurden. Der erstere befaßte sich mit den in der Presse wiederholt erörterten Waffenspenden im Baulande und der Geheimorganisation Escherich in Baden, während die etwas umfangreiche geordnete Interpellation Mayer von unzulässigen Eingriffen des Ministeriums des Innern in die Rechtspflege sprach. (Siehe auch Bericht.)

Volle drei Stunden währte die Debatte. Der Justizminister, sowie der Minister des Innern beantworteten zunächst ausführlich die von den Abg. Strobel und Mayer begründeten Interpellationen und griffen dann auch mehrmals in die Debatte ein, die zeitweise recht lebhaft geführt wurde. Da sich die Sprecher der Koalitionsparteien, die Abg. Lefer, Wittemann und Marum von den Antworten der Minister für befriedigt erklärten, standen nur die Deutschnationalen, für welche die Abg. Mager und Mayer das Wort nahmen, in striktem Gegensatz zur Regierung.

Der Justizminister stellte als Grundsatz auf, daß in schwebende Gerichtsverfahren nicht eingegriffen werden dürfe. Den Staatsanwälten gebühre Anerkennung für ihre rasche Tätigkeit. Dem Justizministerium sei von einem Eingriff des Ministeriums des Innern in die Rechtspflege nichts bekannt. Das Verfahren in Freiburg sei nicht zu beanstanden. Eine Verletzung gesetzlicher Vorschriften sei nicht vorgekommen.

Interessante Einblicke in das in Baden statige findende Treiben der Anhänger der Escherich-Organisation gab Minister Kemmel unter großer Aufmerksamkeit des Hauses. Danach befand sich die Landesleitung in Karlsruhe, welche die Gruppenleitungen in Baden-Nord, Baden-Mittel und Baden-Süd dirigierte. Sie verfügte über ziemlich viel Gelder und bediente die Presse mit Informationen. — Über zu dieser Tätigkeit der Orgesch-Organisation lag in Baden, woselbst sich die politischen Verhältnisse von allen deutschen Ländern noch am besten konservierten, nicht die geringste Veranlassung vor, weshalb der Minister des Innern mit Recht erklärte, für den Schutz der Bevölkerung zu sorgen, ist Aufgabe des Staates, nicht einer privaten Organisation.

So zeigte denn die Verhandlung dieser beiden Interpellationen, daß unserem jungen Staatswesen noch mancherlei Gefahren drohe, daß sie aber überwunden werden können, wenn man allerseits gewillt ist, die demokratische Republik Baden anzuerkennen und ihr die Möglichkeit der politischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung nicht zu unterbinden.

DZ. Karlsruhe, 29. Juli. Das Haus setzte vormittags die Beratung des Ertragssteuergesetzes fort.

Abg. Fischer-Weisenheim (D.-Natl.) erklärte sich als Gegner des Gesetzes, da Landwirtschaft und Gewerbe die Lasten nicht tragen könnten. Den Minister hat er, seine Unterbeamten anzudeuten, nicht so schroff gegen schuldbesessene Steuerzahler vorzugehen. Redner setzte sich dann mit der Sozialdemokratie auseinander und brach zum Schluß eine Lanze für den inländischen Tabak.

Abg. Weiskopf (Zentr.) sprach von einer kurzen Lebensdauer des Gesetzes. Für die Länder sei es kein Vorteil, daß sie ihre Finanzhoheit fast verloren haben; auch würden die Gemeinden und die Steuerzahler selbst benachteiligt. Das tritt zu Tage bei den Rückvergütungen. Das Gesetz weise zu viel Steuerfüße auf. So hätte für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe der gleiche Satz genügt. Der Steuerfuß für landwirtschaftliche Grundstücke (2/3) sei zu hoch, der für Gebäude (einfach) zu niedrig. Redner empfahl gleichfalls Entgegenkommen der Steuerbeamten gegenüber den Steuerzahlern. Die Industrie, fuhr er fort, sei günstiger gestellt als das Handwerk und ganz besonders die Landwirtschaft. Es werde Aufgabe der Organisationen sein, auf Einrichtung der Buchführung in der Landwirtschaft zu dringen. Die Lage der letzteren würde vielfach übersehen. Man denke nur an die Kosten für Erneuerung der Geräte, an die hohen Löhne und daran, daß der Landwirt kein sicheres Einkommen hat und mit Mißwachs rechnen muß. Die Umwandlungsprodukte sollten sämtlich steuerfrei sein und der Stichtag für die Steuerveranlagung zweckmäßiger auf den 1. April statt 31. Dezember festgelegt werden. Man habe im übrigen keine Gewähr, wie sich in Zukunft die Preise gestalten werden. Gut weggenommen im Ertrags- und Verteilungsgesetz seien die großen Städte. Die schwachen Landgemeinden verdienten deshalb hinsichtlich des Ausgleichs weitegehende Berücksichtigung. Daß der Redner heute mit schwerem Herzen dem Gesetze zustimmt, habe seinen Grund darin, daß den notleidenden Gemeinden unbequ岸 geholfen werden muß.

Finanzminister Köhler: Die Schwierigkeiten der Verhältnisse haben es nicht zugelassen, Erfahrungen zu sammeln und allen Wünschen und Bedenken Rechnung zu tragen. Es ist auch erklärlich, daß wir uns auch bezüglich der Auswirkung der Gesetze heute nicht mit der nötigen Klarheit bewegen können. Die Regierung wird die Vorgänge auf dem Wohnungsmarkt eingehend verfolgen, um bei einer notwendigen Änderung zur Stelle zu sein. Die mir unterstellten Steuerbeamten

muß ich gegen allgemein gehaltene Vorwürfe in Schutz nehmen. Man darf diesen ihr Amt nicht noch schwerer machen. (Sehr richtig.) Übergriffe werden geahndet. Redner fuhr fort: Von einem Minister, der für die Gelder zu sorgen hat, darf man nicht verlangen, daß er Steuerhinterzieher schätzt. (Sehr richtig.) Dazu gehören unrichtige Angaben. Die Steuer-moral ist derart gesunken, daß mit allen Mitteln dagegen angegangen werden muß. Es ist das Wort vom Sparen gefallen. Hier muß gefragt werden, wo eingespart werden kann. Bei den oberen Beamten? Diese sind nicht zu übermäßig bezahlt. Das vorliegende Gesetz sei aus der Not geboren. In diesem Zusammenhang verwies Redner auf die furchtbaren Zustände in der Natur, die uns mit Schrecken an die nächsten Monate denken lassen. Die Finanzen des Reiches streifend erklärte der Minister, daß neben dem Verbrauche auch der Besitz in erhöhtem Maße wird herangezogen werden. Sollten sich bei diesem Gesetz Unrichtigkeiten in der Praxis ergeben, indem eine Wirtschaftskategorie sich einseitig belastet fühlt, so mögen die Parteien einig sein, dieselben zu beseitigen. (Beifall.)

Abg. Müdert (Soz.) wandte sich gegen den Abg. Fischer und schloß mit der Hoffnung, daß das Gesetz zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen beitragen möge.

Abg. Red (Dem.) ist trotz schwerwiegender Bedenken für das Gesetz, da es sich um den Bestand des Staatsganzen handle. Redner kann sich der Auffassung nicht verschließen, daß die Verhältnisse auf dem Lande ein gemäßigtes Vorgehen der Steuerkommission erwünscht mache.

Der gleichen Meinung ist der Abg. Seubert (Zentr.). Abg. Fischer-Weisenheim (D.-Natl.) bemerkte, Unwissenheit könne doch nicht der Steuerhinterziehung gleichgesetzt werden.

Abg. Freudenberg (Dem.): Würden die Sonderinteressen von jeder Seite so liberal vertreten worden sein wie von mir, da hätte das Gesetz schon vor Monaten verabschiedet werden können. Die Landwirtschaft hat im Ausschuss viel günstiger abgeschnitten, als es die Regierungsvorlage vorschlug. Die Wirkung des Gesetzes hängt ab von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Wir sind sofort dabei, wenn es unzutraglichkeiten zu beseitigen gilt.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-Natl.) meinte, daß der Wahlkampf schon in diesen Verhandlungen seine Schatten vorauswerfe. Redner trat den Angriffen gegen den Abg. Fischer entgegen, dem es nicht einfallt, der Steuer-moral das Wort zu reden. Was die Ersparnisse anlangt, so wisse man, daß kein Beamter im Luxus lebe. Wir wenden uns aber gegen das beträchtliche Anschwellen des Beamtenkörpers im Reich.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Die Steuerbeamten stehen im direkten Dienst der Erhaltung von Volk und Vaterland. Sie verdienen, soweit sie sich in den Grenzen der Vorschriften halten, die weitgehende Unterstützung. Die Kritik kann sich nur auf Einzelfälle beziehen. Die Verfehlungen beruhen hauptsächlich auf Irrtum und Unkenntnis der Bestimmungen, die selbst dem Studierten Mühe machen. Erwägenswert erscheint die mündliche Aussprache. Schuld an der großen Zahl der oberen Beamten ist die Überproduktion an Beamten. Darum ein Halt hinter der Obersekunda und vor der Universität. Nur die Tüchtigen sollen aufsteigen können, und der Beamtenstand würde dadurch nur gewinnen. Aber hier könne das keine Baden nicht allein vorgehen. Die Anweisung müßte sich das ganze Reich zu eigen machen.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) stellte gegenüber dem Abg. Fischer fest, daß die oberen Beamten keineswegs in ihrer Lebenshaltung zu beneiden seien.

Abg. Habermehl (D.-Natl.): Der Abg. Freudenberg hat das Nötige für die Industrie gesagt, wenn ich auch seine Hoffnung auf eine bedeutende Erhöhung der Gewerbesteuerkapitalien nicht teile. Die Lage der Schmuckwarenindustrie ist heute die denkbar schlechteste.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) nahm einige Bemerkungen des Vorredners zum Anlaß, zu erklären, daß er ihm nicht den leisensten Vorwurf aus seiner Haltung zum Gesetze mache. Er habe sich vielmehr über seine freie Meinungsäußerung im Ausschuss gefreut. Das Urteil Habermehls über die Zukunft sei wohl das vorzüglichere. Darum möge man es auch verstehen, wenn wir von den Sorgen der Landwirtschaft reden.

Nach kurzen Erklärungen der Abg. Dr. Glöner (Dem.) und Mayer-Karlsruhe (D.-Natl.) wurde das Gesetz mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen Abg. Mayer, Mager und Fischer angenommen.

Es folgt der Bericht des Abg. Freudenberg (Dem.) über das Steuerwertungs-gesetz.

Abg. Freudenberg (Dem.) berichtete: Das sog. Verteilungsgesetz regelt die Verteilung der Einnahmen und Lasten zwischen Land und Gemeinden. Das Reich hat die Verpflichtung übernommen, für die Gemeinden Steuern, die Gemeinden und Länder nicht mehr erheben dürfen, die Beträge zu erstatten, die Land und Gemeinden im Steuerjahr 1919 (vom 1. April 1919 bis 31. Dezember 1920) erhoben haben und gesteht ihnen für die nächsten drei Jahre über diese Beträge noch einen Zuschlag von 25 Prozent zu. Hinsichtlich der Verteilung des Schuldenwandes hat sich der Ausschuss entschieden, daß das Land ab 1. April 1920 den gesamten persönlichen, schulgeldlich gebotenen Schuldenwandel, die Gemeinden den schulgeldlich gebotenen Schuldenwandel tragen sollen; die Gemeinden sollen außerdem den über das schulgeldlich gebotene hinausgehenden Aufwand übernehmen. Von 300 000 Schulkindern fallen 270 000 auf die Landgemeinden und nur 30 000 auf die Städte. Der Belastungsschlüssel der Ertragssteuer ist im wesentlichen derselbe wie beim Grundvermögen und Gewerbebetrieb. Der Ausschuss hat der Schaffung eines Lastenausgleichs gestimmt, der vom Ministerium des Innern verwirklicht wird. Bei Feststellung des Lastenausgleichs müssen mindestens zwei Millionen vom Staat für den Lastenausgleichs-fonds eingestellt werden. Im Ausschuss fand das Steuerwertungs-gesetz bei der endgültigen Abstimmung einhellige Aufnahme.

In der allgemeinen Beratung erklärte

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.), das die Gemeinden auf finanziellem Gebiete größere Selbstständigkeit haben müssen. Die Schule soll nicht eine Staats-, sondern eine Gemeindeeinrichtung sein und die Gemeinden sollen an der Schule interessiert bleiben. Wir begrüßen, daß die Bürger-schulen beibehalten werden.

Abg. Müdert (Soz.): Meine Fraktion wird dem Gesetz ihre Zustimmung erteilen. Von der Erhaltung der Lebensfähigkeit der Gemeinden haben wir uns bei der Beratung des Gesetzes leiten lassen. Wir haben beantragt, die persönlichen Schullasten ganz auf das Land zu übertragen, weil die Städte auf anderen Gebieten ungeheure Ausgaben haben.

Abg. Freudenberg (Dem.): Das Gesetz wurde weniger von der finanzpolitischen, als von der kulturellen Seite betrachtet. Eine Bevormundung der Gemeinden durch das Ministerium auf diesem Gebiete darf nicht stattfinden. Die Selbstverwaltungskörper müssen erhalten werden; durch dieses Gesetz werden sie in die Lage versetzt, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.-Natl.): Wir können dem Gesetz nur zustimmen, möchten aber wünschen, daß Geld zum Verteilen vorhanden sein wird. Nachdem wir vorhin das Er-

tragsgesetz abgelehnt haben, hat es keinen Sinn, wenn wir diesen Gesetz zustimmen. Wir werden uns deshalb der Stimme enthalten.
Das Gesetz wurde in erster Lesung einstimmig angenommen bei Stimmenthaltung des Abg. D. Mayer; die Abgeordneten Karl und Habermehl stimmten dafür.
Schluß der Sitzung 1 Uhr.
Nächste Sitzung heute nachmittags 3 Uhr.

Der Landtag befaßte sich in seiner Nachmittags-Sitzung zunächst mit dem Gesetzentwurf betr. Änderung des Gesetzes über die Aufhebung der gering besoldeten Pfarrer aus Staatsmitteln. Die Gelder, nämlich 350 000 M. für den katholischen, 800 000 M. für den evangelischen und 8000 M. für den jüdischen Kultus werden künftig der Kirchenbehörde direkt ausbezahlt, ohne daß ein Nachweis über ihre Verwendung gefordert wird.

Die Vorlage fand ohne Aussprache einstimmige Annahme. Dann verhandelte das Haus über die Veranlassungen der badischen Besoldungsordnung seitens des Reichsfinanzministeriums und die dadurch notwendig gewordenen Änderungen. In die Berichterstatter teilen sich die Abgg. Marum (Soz.) und Lefer (Dem.). Die Gehaltsgrenze in Gruppe 13 wurde erhöht, um die betr. Beamten nicht schlechter zu stellen als die des Reiches und anderer Länder.

Abg. Jhrig (Dem.) betont, daß ein leistungsfähiges Beamtenamt gut bezahlt werden müsse.
Ähnlich äußert sich der Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-Natl.).
Abg. Marum (Soz.): Eine erneute Feuerungsstelle wird auch eine erneute Änderung des Besoldungsgesetzes bedingen. Man muß dabei besonders der niedersten Gruppen gedenken.

Abg. Baumgartner (Zentr.): Auch mich hat es eigenartig berührt, daß man in Berlin Einspruch gegen die Einführung der Gewerbe-, Handels-, Real- und Musiklehrer erhob. Das kann nur daher kommen, daß der betreffende Referent die badischen Verhältnisse nicht kennt. In Baden liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Vorbildung anders wie in Preußen. Hoffentlich ist die nachdrückliche Vorstellung der Regierung von Erfolg begleitet. Auch wir werden für Vervollständigung der mittleren und unteren Gehaltsstufen eintreten.

Die Vorlage wurde sodann in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Nachdem noch die Vorlage betr. Eingemeindung von Aue mit Urlaub in erster und zweiter Lesung genehmigt war, schloß das Haus die Beratung des dritten Nachtrags fort.

Abg. Strobel (Soz.) begründet die förmliche Anfrage wegen des Bestehens von Orgelorganisationen in Baden. Es handelte sich um eine Bewegung, die sich über ganz Deutschland erstreckte und ihren Sitz in München habe. Man suchte die friedliche Wiederherstellung zu fördern, die Waffenkunde am Boden zu legen und anderwärts zeugten für eine wohl vorbereitete Organisation, nicht für einen Klub der Harmlosen. Redner stellte unter Weisung fest, daß Baden von allen Ländern im Reich die schwierigste Situation am besten überwunden hat. Das Gerücht von der kommunistischen Gefahr in Baden sei eine Erfindung der Reaktion. Aus dem Hinterlande wurden aber Fälle von Terrorismus gegen Leute berichtet, die auf Seiten der Regierung stehen. Desgleichen seien von gewisser Seite Waffenbeschreibungen begünstigt worden. Redner fuhr fort: Wenn wieder einmal die Forderung auf Bewaffnung des Proletariats erhoben werde, so dürfte sie zweifellos weit mehr Anhänger gewinnen als es zuweilen der Fall war. Wir befragen das zu langsame Vorgehen der Staatsanwaltschaft und verlangen, daß die Regierung in energischer Weise alles tut, um die Störer der inneren Ordnung zurecht zu weisen.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.-Natl.) begründete die förmliche Anfrage seiner Fraktion, welche zum Gegenstand hat, daß das Ministerium des Innern in unzulässiger Weise in die Rechtspflege eingegriffen habe. Es handele sich um Vorkommnisse in Mosbach, wo das genannte Ministerium versucht habe, der Staatsanwaltschaft Befehle zu erteilen, sowie um ungeschickliche Behandlung zweier inhaftierter Personen in Freiburg. Das Gefühl der Rechtsicherheit müsse wieder hergestellt werden. (Mhoruse links.)

Justizminister Truntz: Ich muß mir bei Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion, welche zum Gegenstand hat, daß das Ministerium des Innern in unzulässiger Weise in die Rechtspflege eingegriffen habe. Es handele sich um Vorkommnisse in Mosbach, wo das genannte Ministerium versucht habe, der Staatsanwaltschaft Befehle zu erteilen, sowie um ungeschickliche Behandlung zweier inhaftierter Personen in Freiburg. Das Gefühl der Rechtsicherheit müsse wieder hergestellt werden. (Mhoruse links.)

Minister Rummel: Kein Atom der Hehe, die seit Wochen durch das Land geht, ist an uns festgekleben. Wir haben nichts getan, was einem Eingriff in die Rechtspflege gleichkäme. Die deutsch-nationale Taktik zielt darauf ab, den Minister des Innern, der zufällig der Sozialdemokratie angehört, bei jeder Gelegenheit einer Unlorenzlichkeit zu zeihen, um ihn so von den bürgerlichen Parteien zu isolieren. Der Minister erklärte mit Nachdruck, daß der Schutz der öffentlichen Sicherheit Sache der Landesregierung sei und sogenannte Selbstschutzzorganisationen nicht gebildet werden könnten. Das größte Verdienst der Waffenbeschlagnahme bestehe darin, daß in diesem Zusammenhang die Geheimorganisationen in Baden aufgedeckt wurde. Der Redner ging des näheren darauf ein: Die Leitung bestand aus zwölf von Redner namentlich aufgeführten Personen, die in flandrischer Weise über die politischen Verhältnisse in Baden nach München berichteten. Die mitgeteilten Einzelheiten riefen oft stürmische Selbsterörterungen hervor. Die Regierung, so fuhr der Redner fort, ist sich ihrer Pflicht gegenüber den verbottenen Selbstschutzzorganisationen bewußt. Je mehr das Volk entwaffnet und je besser die Polizei organisiert, desto größer wird die innere Sicherheit sein. In die Arbeiterschaft möchte ich die Bitte richten, sich von kommunistischen Elementen nicht irreleiten zu lassen. Mit der Verschärfung der Ernährungslage infolge der großen Dürre werden wohl neue Komplikationen herauskehren. Wir wollen dem arbeitenden Volke die Erleichterung geben, und solange die Revolution besteht, wird Ordnung herrschen.

In der Aussprache stellte der Abg. Lefer (Dem.) fest, daß die drei Koalitionsparteien bewiesen haben, daß sie die Rüge in Baden aufrecht zu erhalten vermögen. Mit den Ausführungen von der Regierungsbank, fuhr der Redner fort, sind wir völlig einverstanden. Niemand in Baden wird es einen Staatsanwalt geben, der nicht nach Gewissen und Gesetz handelt. Von einer Beunruhigung der Bevölkerung kann nicht die Rede gewesen sein, jedenfalls nicht vor Einbringung des Antrages Mayer. (Sehr richtig.)

Abg. Wittemann (Zentr.): Die Anfrage Mayer-Karlsruhe hat einer fetten Ente den Stragen abgedreht und den Beweis geliefert, daß der Vorwurf des Ministers gerechtfertigt gewesen war. Wir billigen die Haltung der Regierung.

Abg. Marum (Soz.): Wir freuen uns über die Regierungserklärung und vertrauen den beiden Ministern, daß sie alles getan haben, um die Republik gegen rechts und links zu schützen. Wir behalten uns vor, nach Abschluß des Verfahrens eine nochmalige Würdigung der ganzen Angelegenheit anzuschneiden. Mit der loyal gehaltenen Entlassung sind wir durchaus einverstanden aus inner- und außenpolitischen Gründen. Redner schloß: Wir sind befriedigt, daß so schnell durchgegriffen wurde, und erwarten von der Regierung, daß sie zum Schutze der Republik nach der bisherigen Weise verfähre.

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-Natl. Sp.) vertritt die Ansicht, daß die Organisation Eicherich vor dem Verbot infolge des Ultimatum nicht als geheime Organisation anzusprechen war. Den zwölf Leuten die Achtung anzusprechen, muß ich mir verbitten. (Heiterkeit.) Personen, die Waffen verborgen halten, sind mir immer noch lieber als Demuzianen. (Ungehört.)

Minister Rummel: Die badische Eicherich-Organisation hat im Gegensatz zu Preußen und Sachsen nicht öffentlich, sondern mit kryptierten Briefen rein militärischen Instruktionen und Stabsstellenverbindungen gearbeitet.

Justizminister Truntz erklärte gegenüber dem Abg. Mayer, daß ein Karlsruhe Staatsanwalt mit dem Oberbürgermeister in Mosbach. Redner legte nochmals dar, daß in allem korrekt verfahren wurde. Es sei auch niemand länger in Haft gehalten worden, als es unbedingt gerechtfertigt war.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-Natl. Sp.), der Minister Truntz und Rummel sowie den Schlussworten der Antragsteller wurde die Sitzung abgebrochen. — Eingegangen war inzwischen ein Gesuch der Handelskammer Schoppsheim betr. die Besteuerung der Wasserkräfte.

Nächste Sitzung Montag 3 Uhr. — Schluß 8 Uhr.

Gebässige Kampfesweise.

Der „Badische Beobachter“ schreibt:
„In Nr. 176 der „Bad. Rundschau“ fröhnt die „Südb. Ztg.“ einmal wieder in ganz besonderer Weise der Gewohnheit einer persönlich-gehasstigen Kampfesweise, indem sie in einem mit W. gezeichneten Artikel den ihr von jeher besonders verhassten Dr. Reinfried, Mitarbeiter des „Bad. Beobachter“ und des „Staatsanzeiger“ in der gehässigen Weise herunterreißt. Nur andeutet sie, daß sie sich dazu zunächst eines Aufjages bedient, der in den Histor. politischen Blättern erschienen ist, der u. E. in der berechtigten oder unberechtigten, jedenfalls teilweise stark subjektiven Kritik — wir wollen uns darüber nicht weiter aufhalten — die Form nicht gewahrt hat, die katholische Publizisten unbedingt einander schuldig sind, zumal sowohl Dr. Reinfried als der Mitarbeiter der Histor. pol. Blätter (auch des „Beob.“) sich in den Gedankengängen kritischer Wirtschaftspolitik bewegen. Zur Strafe dafür werden die Ausführungen der Histor. polit. Blätter in dem deutsch-nationalen Blatt für persönlichen Stank zu einem Artikel benutzt, der dem einzigen Zweck dient, Dr. Reinfried persönlich eines auszuweisen. Das ist ja eine sehr „bedienstliche“ Arbeit der deutsch-nationalen Opposition, die Männer, die mit ihrem Namen hervorzutreten wagen, herunterzureißen, wenn sie nicht der deutsch-nationalen Ideologie dienen. Selbstverständlich wagt der Verfasser des Artikels der Rundschau im Gegensatz zu dem Verfasser in den Histor. polit. Blättern und zu Dr. Reinfried nicht, seinen Namen zu seiner „Arbeit“ zu setzen; es könnte sich ja sonst zeigen, daß es sich um einen neidvollen Kollegen handelt. Das charakterisiert dessen Stimmung. Dr. Reinfried wurde bekanntlich schon während des Krieges wegen seiner besonderen Eignung und wissenschaftlichen Vorbildung als Vertrauensmann zum Verlehr mit den in Deutschland sich aufhaltenden jungen Türken als Dolmetscher verwendet. Er gab auch Kurse in der türkischen Sprache an der Technischen Hochschule, wozu er 1916 von der Bad. Regierung als Dozent berufen wurde, wie er denn im türkischen, Persischen und Arabischen mit Auszeichnung promoviert hat, darnach als Orientalist angusprochen ist, und stets in lebendigem Verlehr mit Orientalen gestanden hat. Sein anonym angelegter aber bringt es fertig, von Dr. Reinfried zu schreiben, er sei längst nach Berlin berufen worden zwecks Verhandlungen über die Annahme einer Stelle als Regierungsrat im auswärtigen Amt mit Aussicht auf Verwendung als Volschaftsrat in Konstantinopel oder Angora, mit dem weiteren Zusatz, „Dr. Reinfried hat nämlich auch türkisch aus Büchern gelernt“. Könnte die persönliche Gehässigkeit und unfaßliche Absicht des Herunterreißens in größerer Form dokumentiert werden, als durch diese Ausdrucksweise? Aber solche Mitarbeiter fühlen sich zurecht in die deutsch-nationale Presse, weil dort an persönlicher Gehässigkeit einfach alles erlaubt ist. Wir verwahren uns gegen eine solche niedrige Art des politischen Kampfes und überlassen solche hochwertigen Mitarbeiter, wie den anonymen Herrn W., der sich vor dem Risiko seiner Namensnennung scheut und sich dadurch selbst kennzeichnet, während er einen in weiten Kreisen geschätzten Publizisten angreift, gern der deutsch-nationalen Presse.“

Zu dem Großfeuer in Löffingen.

gehen uns folgende Einzelheiten zu: Durch das Brandunglück in Löffingen wird die Katastrophe in Sonthausen in den Schatten gestellt. Kurz nach zwei Uhr brach im Herrschen Hause rechts vom Tor Feuer aus, das sich derartig schnell ausbreitete, daß in kurzer Zeit ein großer Teil der mittleren Stadt in Flammen stand. Infolge des starken Ostwindes ergriffen die Flammen noch den höher gelegenen Ortsteil, wo zuerst das Anwesen des Schreibers Münzer in der Oberstadt erfaßt wurde. Es war ein ähnliches Bild, wie feinerzeit in Donaueschingen im Jahre 1908. Es war kein Wunder, daß bei dem herrschenden Wassermangel die Lokalisierung des Brandes sehr erschwert wurde. Immerhin geboten der Brandriegel der Post und das massive Rathaus dem weiteren Umfingreifen des Feuers einen gewissen Halt. So konnten die Häuser rechts gegen das Rathaus und die Post erhalten bleiben. Bis fünf Uhr nachmittags waren 36 Häuser niedergebrannt. — Sie lagen sämtlich links vom Rathaus an der Straße nach der Wittenhölzle-Kapelle bis an den Waldbrand, der oberhalb die Stadt umfließt. Abgebrannt sind an größeren Gebäuden u. a. die Weinhandlung von Thoma, das Haus des Bürgermeisters und die Sparkasse. An dieser Stelle konnte dem tatkraftigen Eingreifen der Donaueschinger

Feuerwehr ein Weitergreifen des Feuers verhindert werden. Die Feuerwehren der Umgegend waren vollständig mit ihren Spritzen und Leitern zur Hilfeleistung herbeigezogen. Hervorragenden Anteil an den Vorkämpfen nahmen auch die Arbeiter des Sägewerks Benz. Auch die Motorpumpen der Papierfabrik Neustadt hat sehr umsichtig und erfolgreich das Feuer bekämpft. Sie schöpfte aus einer Quelle bei der Löffinger Kirche Wassermengen, hätte aber noch weit mehr leisten können, wenn eben mehr Wasser vorhanden gewesen wäre. Wegen sechs Uhr traf eine Hundertmannschaft aus Donaueschingen ein, zu gleicher Zeit konnte die Hauptgefahr als beseitigt gelten. An der Brandstätte weilten auch der Oberamtmann von Neustadt und der Direktor der Neustädter Papierfabrik, welchen beiden Herren hohes Lob gebührt für die umsichtige Bekämpfung des Feuers. Leider machten sich mancher das schwere Unglück ihrer Mitmenschen zunutze, und stahlen. Von der Gendarmerie konnten verschiedene Personen deswegen festgenommen werden. Dem Brand ist auch viel Vieh zum Opfer gefallen, genaue Angaben fehlen aber noch darüber. Soweit festgesetzt werden konnte, ad Menschen bei dem Brand nicht zu Schaden gekommen. Man sammelte abends das Vieh, stellte es unter Bewachung und fütterte es gemeinsam. Auch die geretteten Fahrnisse wurden auf einen Platz zusammengetragen. Eine gemeinsame Bewachung der geretteten Fahrnisse ist eingeschlossen.

Die sonst so freundliche Landschaft bietet das Bild eines wüsten Trümmerhaufens, dem noch immer Rauchwolken entweichen. Groß ist die Not, und schwer der Schaden. Viele Beweise der Nächstenliebe sind bereits gegeben worden, aber noch mancher Hilfe wird es bedürfen, um den vom Brande Betroffenen über die erste Not hinwegzuhelfen.

Aber die Ursache des Brandes liegen keine genauen Angaben vor. Man spricht in Löffingen davon, daß Kurzschluß der Brand verursachte. Andere Leute behaupten, daß beim Feuerladen Zigaretten geraucht wurden. Die näheren Angaben kann aber erst die amtliche Untersuchung erbringen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Eisenbahnverkehr.

Wegen starken Ostwindes ist die Annahme von Eil- und Frachtwagenladungen nach Wühl (Baden), Ottersweier und Steinbach (Baden) bis auf weiteres gesperrt. Von der Sperrung ausgenommen sind Lebensmittel, Brennstoffe, Baustoffe und Postmaterial für Obfuhrendungen.

Am den Ferienreisenden aus Richtung Sigmaringen und Friedrichshafen den Anschluß an den Ferienonderzug Konstanz-Offenburg zu ermöglichen, wird dieser Zug am 19. August und 2. September entgegen dem bereits veröffentlichten Fahrplan als Nachzug zu dem Schnellzug D 169 Konstanz ab 8,10 vormittags, Offenburg ab 12,51 nachmittags, gefahren.

DZ. Mannheim, 27. Juli. Heute nachmittags kam vor dem hiesigen Schöffengericht die Klage des Reichstagsabgeordneten Ged gegen den Schriftsteller Lederer zum Austrag, der im Wochenblatt „Revolutionsär“ einen angeblichen Brief Ged veröffentlicht hatte, „r auch in etwa 70 Zeitungen nachgedruckt wurde, und in welchem Ged das Verhalten der Reichstagssozialisten vor und während des Krieges beurteilt und seinem Bedauern darüber Ausdruck gab. Trotzdem Ged, sobald er von diesem Plagiat erfahren hatte, die Urheberhaft abtugnete, blieb Lederer in einer Aufschrift an den „Vorwärts“ dabei, daß er das Original in den Händen habe. Eine Klage wegen Urkundenfälschung wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. In der heutigen Verhandlung wurde versucht, im maßstabwürdigen Beweisverfahren und ausführlichem Plädoyer, wobei auch Kläger und Beklagter ausführlich zu Worte kamen, die Gutgläubigkeit Lederers nachzuweisen. Das Urteil lautet auf drei Wochen Gefängnis und Veröffentlichung desselben im „Revolutionsär“.

DZ. Forzheim, 28. Juli. Die organisierte Arbeiterkraft der Forzheimer Schmelzwarenindustrie ist in eine neue Lohnbewegung eingetreten. In 13 Versammlungen wurde die Forderung nach einer Lohnhöhung entsprechend den jetzigen Teuerungsverhältnissen gestellt. — Die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten nahmen in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung Stellung zu der demnächst eintretenden Verteuerung der Lebensmittel und beschloß einstimmig, die Gehaltsätze des Tarifs vom 1. Mai auf 1. Oktober zu fänden.

Staatsanzeiger.

Unterricht im Aufbeschlagnahme betr.

Der nächste Lehrkurs an den Aufbeschlagnahmschulen zu Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Neustadt wird am 5. September d. J. beginnen.

Gesuche um Aufnahme sind alsbald an den Vorstand der jeweiligen Schule zu richten, welche der Gesuchsteller bezeichnen will. Auskunft über die Aufnahmebedingungen, über die Kosten des Unterrichts und den Lehrplan erteilen auf Anfrage die Bezirksämter.

Karlsruhe, den 25. Juli 1921.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Arnold, Braun.

Den Betrieb der Apotheke in Gondelsheim betr.
Die persönliche Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Gondelsheim (Amt Bretten) wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Die Übertragung der Konzession auf die Gemeinde Gondelsheim bleibt vorbehalten.

Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.
Karlsruhe, den 25. Juli 1921.

Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
J. A. Rein, Zeller.

Bekanntmachung.
Auf Antrag der technischen Aufschichtskommission für die Untersuchungen und Kräfte des Deutschen Zetelndereins und unter den von ihr mitgeteilten Bedingungen werden die Zetelapparate System „Wels“ der Firma Wendland & Koch, Apparatebau und Klemmerlei, Altona, gemäß § 12 und 14 der Zetelndereinsverordnung vom 23. Oktober 1914 in jederzeit widerrechtlicher Weise für Baden zugelassen und zwar in der Größe 1 nach § 12 a. a. O. unter Typennummer J 66 und in den Größen I—III nach § 14 a. a. O. unter Typennummer A 52 unter gleichzeitiger Befreiung aller Größen von den Bestimmungen der Ziffer 8 und 16 Absatz 1 Satz 1 der technischen Grundzüge auf Grund des § 28 a. a. O.

Karlsruhe, den 23. Juli 1921.
Badisches Arbeitsministerium.
Der Ministerialdirektor:
J. A. Rißmann, Fuchs.

Möbel - Ausstellung

Äusserst billige Angebote. Unverbindliche Besichtigung lohnend u. erwünscht.

Auf ein in meinem Schaufenster soeben **ausgestelltes Schlafzimmer** erlaube ich mir aufmerksam zu machen.

Holz - Gutmann

Kaiserstraße 109 Telefon 401

Zur Reise- u. Badesaison

empfehlen wir:
Gummi-Reisekissen,
Gummi-Badewannen,
 zusammenlegbar,
Gummi-Schwämme,
Schwamm-Taschen,
Gummi-Badehauben,
Geltuch-Badehauben,
Wachstuch-Baderollen,
Reise-Rollen,
Gummi-Kämme,
Gummi-Hosenträger,
Bunte und weiße wasserfeste
abwaschbare DAUER-WÄSCHE
 usw. usw. in nur prima Qualitäten.

ARETZ & CIE.,
 Großh. Hosieleranten
 Kaiserstraße 213, Telefon 219.

Metallbetten

Stahlmatr., Kinderbett, brecht an Private, Katalog 78 R. frei. Eisenmöbelfabrik Subt (Zür.)

Erb- und Betonarbeiten zur Herstellung des Kraft- und Schiffahrtskanals bei Albesheim zu vergeben:

1. Erdbewegung 160 000 cbm,
2. Betonarbeiten 3500 cbm,

Unterlagen bei Streckenbauleitung Mannheim-Heidenheim (Schule) einzusehen, daselbst Abgabe der Angebotsvordrucke gegen Gebühr von 40 Mark. Versand nach auswärts ausgeschlossen.

Angebote, verschlossen u. postfrei, mit Aufschrift „Angebot auf Erd- und Betonarbeiten“ bis spätestens 22. August sp. 30, vormittags 11 Uhr, an das Redaktionsamt Heidelberg, Niederstraße 2, einzureichen, wofür die Öffnung der Angebote erfolgt. 1373. Heidelberg, 28. Juli 1921. Redaktionsamt Heidelberg.

Das Arbeiter-Siedelungswesen der Stadt Mannheim

Unter besonderer Berücksichtigung der großstädtischen Entwicklung von Mannheim als Industriestadt

von
Dr. Ing. Roland Eisenlohr
 Regierungsbaumeister

Preis ca. M 17.-

Aus dem Inhaltsverzeichnis: Mannheims bauliche Entwicklung seit 1870 und die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse. — Das Entstehen der Mannheimer Siedelungen und deren Lage im Stadtplan. — Das Verhalten der Stadt und des Staates zum Arbeiterwohnungs-wesen. — Die baugeschichtliche und bautechnische Entwicklung der Mannheimer Arbeitersiedelungen. — Überblick über die wirtschaftlichen, technischen und hygienischen Ergebnisse. — Die Selbsttätigkeit der Arbeiter und ihre Vorteile. — Im Anhang auf 12 Tafeln Übersichtspläne von Mannheimer Arbeiter-Siedelungen

Von den Schriften über Siedelungswesen haben nur wenige eine wirkliche praktische Bedeutung. Es ist nicht damit getan, durch schöne Worte über die künstlerischen Richtlinien das Elend des Volkswohnungs-wesens zuzudecken und über das Ziel hinausgehend verschwenderische Grundrisse für die Wohnungen und Gesamtanlagen zu entwerfen; sondern wir müssen gerade in unseren für das Bauwesen so schweren Zeiten die praktischen und technischen Gesichtspunkte vor alle anderen stellen und insbesondere im Arbeiterwohnungs-wesen fast ausschließlich Nützlichkeitsrücksichten walten lassen.

Wir benötigen nicht Anschauungsmaterial von zu „Villenstädten“ zusammengestellten Eigenhäusern, sondern Kenntnis der grundlegenden Forderungen, die an das Bauprogramm des Arbeiterhauses an sich, an Arbeitersiedelungen im allgemeinen und an das Wohnungs-wesen einer einzelnen Stadt im Besonderen gestellt werden müssen.

Es war daher hier die Aufgabe gestellt, die Entwicklung des Arbeiterwohnungs-wesens in der schnell zur Industrie-Großstadt gewordenen Stadt und im Besonderen deren Siedelungsanlagen für Arbeiter hinsichtlich ihrer Lage im Stadtplan, ihrer Grundriß- und Aufrißgestaltung, ihrer Entstehungszeit und Gesamtanlage zu untersuchen. Nur die Gegenüberstellung von Anlagen in derselben Stadt, die unter gleichen Bedingungen entstanden sind, gibt praktische verwertbare Ergebnisse.

Gemeindeverwaltungen, Industrieunternehmungen, Siedelungsgenossenschaften, Architekten usw. finden in diesem Buche eine Fülle von Material und Erfahrungen verarbeitet, das praktisch ausgewertet, zur Lösung des Arbeiter-Siedelungsproblems beitragen soll. Die architektonischen Gesichtspunkte, volkswirtschaftlichen Betrachtungen und die angeschnittenen städtebaulichen Fragen dürften mit großem Interesse aufgenommen werden.

Bezug durch jede Buchhandlung und vom Verlag
 G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe i. B.,
 Karlsruhstr. 14

Friedrichshof

Jeden Samstag und Sonntag abend:

Künstler-Konzert.

Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 260 Millionen M.
 Rückstellungen: 80 Millionen M. :-

Niederlassungen in Baden:

Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz

Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-

Erich Bühler

Bank-Geschäft

Kreuzstraße Nr. 4, am Marktplatz

empfiehlt sich zur Ausführung von

Bank-Geschäften jeder Art

zu den billigsten Sätzen. K 271

Konto-Korrent- u. Scheckverkehr, Annahme u. bestmögliche Verzinsung v. Spargeldern je nach Kündigungsfrist, kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit, An- und Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere, Kupons und Noten.

Fachmännische Auskunft u. Beratung — in allen Geld-Angelegenheiten. —

Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe“ e. G. m. b. H.

Karlsruhe Wilhelmstraße 47

Postscheckkonto Nr. 10661 Telefon Nr. 5200

Bankkonto: Straus & Co. R. 432

Übernahme sämtlicher

Erd-, Maurer-, Beton-,

Zimmer-, Gipser-, Steinhauer-

und Dachdeckerarbeiten

unter Zusicherung solider und sauberer Ausführung bei **mässigen Preisen.** Besonders günstige Bedingungen bei **Reparaturen und Umbauten.**

Verlag von Herder & Co. G. m. b. H., Freiburg i. Br.

Dr. G. Banngartner

Ministerialrat und Vortragender Rat im badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts, Karlsruhe

Kurze Einführung in die Staatslehre

8^o (IV u. 40 S.) Mark 3.50 und Zuschläge

Das Büchlein, ein Sonderabdruck aus dem von Dr. Herm. Sacher in Verbindung mit verschiedenen Fachmännern herausgegebenen Buche „Der Bürger im Volksstaat“, ist in seiner klaren, gemeinverständlichen Form ein unentbehrlicher Wegweiser für jeden Staatsbürger, der sich über seine staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten und seine Stellung zum Staate, dessen Wesen und Aufgaben klar sein will. Es sollte in der Hand jedes im politischen Leben tätigen Mannes und jeder ihrer staatsbürgerlichen Rechte sich bewußten Frau, vor allem aber in der Hand jedes Volksvertrichters sein.

R. 462

Zu beziehen durch die Literarische Anstalt, Freiburg i. Br., Kaiserstraße 42

Herderische Buchhandlung, Karlsruhe, Herrenstraße 34

Städtisches Konzerthaus.

Sonntag, den 31. Juli 1921.

nachm. 2¹/₂, b.g. 5¹/₂, Mk. 8.70 abends 6¹/₂, b.g. 9¹/₂, M. 16.20

Die Csardasfürstin. Der Vogelhändler.

Fortbildungsinstitut für Dentisten.

Karlsruhe, Steinstraße 20. R. 423

Sonntag, den 31. Juli, vormittags von 9 — 12 Uhr:

Vortrag und Demonstration über das Koch'sche Brücken-system.

Nur für Dentisten! Nur für Dentisten!

FAHRRÄDER

für Damen u. Herren, Sport- u. Touren-Maschinen auch gegen

bequeme Teilzahlung.

Vermittler erhalten Provision.

Katalog kostenlos. R. 452.3.1

Meyerer, Frankfurt a. M., Krögerstr. 5

Lebensstellung

sucht auf 15. September

oder später, 26 Jahre alter,

solider Mann, ledig, durch-

aus bewandert in der fa-

meralistischen Buchführung

und allen vornehmenden

Büroarbeiten, an selbstän-

diges Arbeiten gewöhnt.

Saubere Handschrift.

1 a Zeugnisse.

Offerten unter R. 483 an

die Expedition der Karlsru-

her Zeitung.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

1355.22 Karlsruhe. Die

Ehefrau des Schuhmachers

Georg Leonhard genannt

Friedrich Müller, Katharina

geb. Förder in Klingelsau,

Prozeßbevollmächtigter:

Rechtsanwalt Dr. Kull-

mann in Karlsruhe, klagt

gegen ihren Ehemann Ge-

org Leonhard genannt Fried-

rich Müller, früher zu Forz-

heim, zur Zeit unbekannt

wo, unter der Behauptung,

daß der Beklagte sich im

September 1906 unbekannt

wohin entfernt und sich

seit dieser Zeit nicht mehr

um seine Frau und vier

Kinder gekümmert habe,

mit dem Antrage auf Schei-

dung der am 26. November

den 18. November 1921,

vormittags 9¹/₂ Uhr, mit der

Aufforderung, sich durch

einen bei diesem Gerichte

zugelassenen Rechtsanwält

als Prozeßbevollmächtigten

betreten zu lassen.

Karlsruhe, 27. Juli 1921.

Der Gerichtsschreiber

des bad. Landgerichts.

Berufsbefanntmachungen

Bauführer

und Architekt gesucht.

Die Eisenbahn-General-

direktion Karlsruhe sucht

für vorübergehende Be-

schäftigung 6 jüngere, im

Hochbaufach durchaus be-

wanderte Bauführer für

Mannheim, Heidelberg,

Karlsruhe und Offenburg.

Geprüfte Hochbauver-

meister erhalten den Vor-

zug. Ebenso einen künstle-

risch befähigten, besonders

auch im inneren Ausbau

erfahrenen Architekten für

Karlsruhe. Befragung

nach den Bestimmungen

des Tarifvertrags für die

Angestellten bei den Reichs-

u. den preussischen Staats-

verwaltungen. Bewer-

bungsgesuche mit Lebens-

lauf und Zeugnissen sind

innerhalb 8 Tagen an die

Eisenbahn-Generaldirek-

Karl Thome & Co.

Möbelhaus

23 Herrenstraße 23

Ecke Ständehausstraße, gegenüber der Drogerie Roth.

Schlafzimmer

Speisezimmer

Herrenzimmer

Küchen

Einzelzimmer

von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung zu bekannt billigen Preisen.

Lagerbesichtigung empfehlenswert.

Kein Kaufzwang. Erste Referenzen.

Lieferung erfolgt bis 150 Kilometer frei Bahnstation des Käufers, bis 25 Kilometer frei in die Wohnung. R. 468